

Klaus Schlie

**Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Schleswig-Holsteinischer Landtag ▪ Postfach 7121 ▪ 24171 Kiel

An die
Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses
Frau Barbara Ostmeier, MdL
im Hause

Kiel, 28. November 2014

Sehr geehrte Frau Ostmeier,

beigefügt sende ich Ihnen die Beschlüsse der 28. Veranstaltung „Jugend im Landtag“, die am 23. November 2014 im Schleswig-Holsteinischen Landtag stattgefunden hat.

In Absprache mit der Arbeitsgruppe „Jugend im Landtag“, in der Repräsentanten des Landesjugendrings, das Präsidium von „Jugend im Landtag“ und die jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen vertreten sind, bitte ich darum, die Beschlüsse, die Ihren Fachausschuss betreffen, zur Kenntnis zu nehmen und zu beraten.

Vom Ausschuss ist dann zu entscheiden, ob und mit welchen Forderungen der Jugendlichen sich das Plenum befassen soll.

Mit freundlichen Grüßen



Beschlüsse

der 28. Veranstaltung
„Jugend im Landtag“

vom 21. bis 23. November 2014

Anlage: Eingereichte Anträge

Beschlüsse

„Jugend im Landtag“ 2014

Arbeitskreis 1 „Unterrichtsqualität“

1. Beschränkte Klassengrößen

JiL 28/4 NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, eine Klassengröße von max. 20 Schülern zu Schuljahresbeginn festzulegen.

2. Verbraucherbildung an Schulen

JiL 28/1 NEU NEU

Das Ministerium für Schule und Berufsbildung wird aufgefordert, ein Konzept für Verbraucherbildung an allen Schulen Schleswig-Holsteins zu erarbeiten.

Verbraucherbildung soll ein wichtiger Bestandteil des Unterrichts werden. Dabei soll den Schülerinnen und Schülern Grundlagenwissen in den Bereichen Finanzen, Bürokratiestrukturen, Ernährung, Medien und Datenschutz sowie Nachhaltigkeit und nachhaltiger Konsum vermittelt werden. Verbraucherbildung sollte praxisnah, integrativ, also nicht als separates Unterrichtsfach, sondern anhand merkbarer Alltagsbeispiele vermittelt werden, wobei die Lehrerinnen und Lehrer mit gutem Beispiel vorangehen und den Schülerinnen und Schülern als Vorbild dienen sollten.

3. Koordinierung der Praktikumszeiträume

JiL 28/7 NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, die Schulträger ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die Praktikumszeiträume zwischen den jeweiligen Schulen untereinander zu verschiedenen Zeiten abgestimmt werden.

4. Organspende in Schulen thematisieren

JiL 28/12 NEU

Das Ministerium für Schule und Berufsbildung wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung Möglichkeiten zu schaffen, das Thema „Organspende“ unterrichtlich oder außerunterrichtlich in Schulen den Schülerinnen und Schülern ausgewogen näherzubringen.

5. Lernmethodik

JiL 28/5 NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und das Ministerium für Schule und Berufsbildung werden aufgefordert: Grundlagen der Lernmethodik sollten integrativ über die gesamte Schullaufbahn in den Unterricht einfließen. Lehrkräfte sollten in diesem Bereich fortgebildet werden.

6. Steigerung der Medienkompetenz aller schleswig-holsteinischen Schüler/innen

JiL 28/9 NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, alle Schülerinnen und Schüler frühzeitig mit der Medienkompetenz zu konfrontieren und hinsichtlich des Umgangs und ihrer Aufklärung durch geschultes Personal zu unterrichten.

7. Informatik**JiL 28 NEU 1 NEU**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und das Ministerium für Schule und Berufsbildung werden aufgefordert, allen Schülerinnen und Schülern den Umgang mit Arbeitsprogrammen wie Textverarbeitung, Tabellenkalkulation und Präsentationssoftware ab der Sekundarstufe 1 näher zu bringen.

8. Einbindung aktueller Geschehnisse in den Unterricht**JiL 28 NEU 3**

Das für Bildung zuständige Ministerium wird aufgefordert, die Einbindung aktueller weltweit geschehener Ereignisse in den Unterricht zu gewährleisten. Hierbei ist jedoch der Umfang dieser Aufgabe zu beachten, da die derzeitigen Konzepte, vor allem für das Fach Wirtschaft und Politik, weitestgehend den zeitlichen Rahmen der Unterrichtseinheit in Anspruch nehmen.

Arbeitskreis 2, „Bildungssystem“**9. Föderalismus im Bildungssystem abschaffen****JiL 28 NEU 4 NEU**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich in einer Bundesratsinitiative für eine Lockerung des Kooperationsverbotes einzusetzen, sodass eine finanzielle Unterstützung von Seiten des Bundes möglich ist.

10. Digitale Lehrmittelfreiheit**JiL 28/17**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und das Ministerium für Schule und Berufsbildung werden aufgefordert, die im schleswig-holsteinischen Bildungssystem notwendigen Maßnahmen zur Einführung von „Open Educational Resources“ (OER) im Namen der digitalen Lehrmittelfreiheit zu ergreifen.

11. Einrichten einer Online-Akademie**JiL 28 NEU 5**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und das Ministerium für Schule und Berufsbildung werden aufgefordert, sich für die Einrichtung einer Online-Akademie einzusetzen, in der Menschen freie Kurse wählen können. Diese Kurse können für jede/n kostenlos sein. Alle Inhalte müssen unter offenen Lizenzen stehen.

12. Facebookkontaktverbot aufheben**JiL 28/14 NEU**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, das Verbot der schulischen bzw. dienstlichen Kommunikation zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern aufzuheben. Klassen dürfen sich dann in „Facebookgruppen“, in denen auch ihre Lehrkräfte Mitglieder sind, organisieren, wenn alle Schülerinnen und Schüler der Klasse einen Account besitzen. Die direkte 1-zu-1-Kommunikation via Facebook-Nachricht zwischen einem Schüler/einer Schülerin und einer Lehrkraft oder einer Gruppe aus Schülerinnen und

Schülern und einer Lehrkraft wird generell erlaubt, solange dadurch den anderen Klassen-/Kursmitgliedern kein inhaltlicher oder organisatorischer Nachteil entsteht. Dabei ist grundsätzlich zu betonen, dass die Nutzung von Facebook auf freiwilliger Basis erfolgt. Es dürfen keine personenbezogenen Daten mitgeteilt werden. Lehrkräfte dürfen ihre Schülerinnen und Schüler nicht dazu auffordern, dem Netzwerk beizutreten.

13. Verkündung von Fehlstunden im Voraus der Zeugniskonferenz

JiL 28/15 NEU

Fehlstunden müssen vor der Festhaltung in den Zeugniskonferenzen jeder Schülerin und jedem Schüler nach Aufforderung mündlich oder schriftlich mitgeteilt werden, sodass die Möglichkeit besteht, dass Fehler bezgl. der Anzahl vor der Konferenz ggf. beseitigt werden können. Auch wird Lehrkräften eingeräumt, in Extremfällen auf Schülerinnen und Schüler zuzugehen. Das Erfolgen der Mitteilung ist im Klassen-/Kursbuch bei der entsprechenden Unterrichtsstunde zu vermerken.

14. Lehrerwechsel in der Oberstufe vermeiden

JiL 28/16

Das Ministerium für Schule und Berufsbildung wird aufgefordert, Lehrerwechsel in der Oberstufe in jedem Fall zu vermeiden. Ausgenommen sind Lehrerwechsel aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen Lehrkraft und Klasse/Kurs oder solche, die nach der Einführungsphase wegen Kurszusammenlegungen durch die Abwahl von Fächern vonnöten sind.

Muss für eine Klasse/einen Kurs wegen Personalversetzungen, Krankheit, Schwangerschaften o. ä. dennoch über einen Lehrerwechsel nachgedacht werden, sind in jedem Fall die Klassen- bzw. Kurssprecher und die entsprechenden Elternvertreter der beteiligten Klassen/Kurse in die Entscheidungsfindung miteinzubeziehen.

Kann ein Wechsel in der Oberstufe durch einen oder mehrere Wechsel in der Sekundarstufe I verhindert werden, ist diese Option in jedem Fall vorzuziehen, um die Vorbereitung auf das Abitur nicht durch fehlende Kontinuität im Klassenkollegium zu beeinträchtigen.

15. Kurssystem im Sportunterricht wieder einführen

JiL 28 NEU 7

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und das Ministerium für Schule und Berufsbildung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Kurssystem im Sportunterricht wieder eingeführt wird.

16. Wahlzeitpunkt der Abiturprüfungsfächer verschieben

JiL 28/19 NEU

Das Ministerium für Schule und Berufsbildung wird aufgefordert, die Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung dahingehend zu ändern, dass nach Begründung ein Wechsel der Abiturprüfungsfächer auch nach Ablegen der Vorklausuren ermöglicht wird, sodass diese Klausurleistung der Schülerin bzw. dem Schüler zusätzlich als Entscheidungsgrundlage dienen kann.

**17. Mehr finanzielle Mittel für den Ausbau und die Instandhaltung von
Schulsportstätten** **JiL 28/18 NEU**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, vom nächsten Haushalt an gesonderte finanzielle Mittel für Zuschüsse an Gemeinden, Kreise und kreisfreie Städte sowie sonstige Schulträger für den Ausbau und die Instandhaltung von Sportstätten für Schulsport sowie förderungswürdige von öffentlicher Hand getragene Sportstätten bereitzustellen bzw. dafür bereits bestehende Haushaltsansätze ausreichend zu erhöhen.

Arbeitskreis 3 „Inneres und Recht, Wirtschaft und Verkehr“

18. Nie wieder "Eisen und Blut": Waffenexporte? Find ich nicht gut!

JiL 28/26 NEU NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die schleswig-holsteinischen Abgeordneten des Bundestages werden dazu aufgefordert, sich für eine Kompetenzverschiebung in Sachen Rüstungsexporte einzusetzen, die vorsieht, statt des Bundessicherheitsrates in Zukunft den Bundestag dafür verantwortlich zu machen, über genehmigungspflichtige Rüstungsexporte zu entscheiden und langfristig auf ein generelles Verbot von Rüstungsexporten an Drittstaaten (Staaten, die weder NATO- noch EU-Mitglied sind) hinzuwirken.

19. Umverteilung und Effizienzsteigerung des Militäretats **JiL 28/25 NEU**

Die Landesregierung und die schleswig-holsteinischen Abgeordneten des Bundestages werden dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Umverteilung und Effizienzsteigerung des Militäretats einzusetzen.

**20. Gleichbehandlung von Kraftfahrzeugverkehr und Fahrradverkehr in der
Förderung** **JiL 28/33 NEU**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, in der innerstädtischen Verkehrsplanung den motorisierten Kraftfahrzeugverkehr und den nicht motorisierten Radverkehr in der Straßenbauplanung und -ausführung sowie in der Förderung relativ gleich zu behandeln.

21. Reicher am Steuer? Das wird teurer! **JiL 28/36 NEU**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Reform des Bußgeldkataloges einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass Bußgelder in einkommensabhängiger Höhe verhängt werden. Allerdings sollten hierbei ein Minimal- und ein Maximalwert eingeführt werden.

22. Volksentscheid über TTIP und CETA **JiL 28/29 NEU**

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, sich in einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass die Bürger der Bundesrepublik

Deutschland die Möglichkeit bekommen, jeweils über die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada im Rahmen eines Volksentscheids abzustimmen.

Solange die Meinung der Bürger über diese Abkommen nicht eingeholt wird, sind diese Abkommen nicht abzuschließen.

Über den aktuellen Verhandlungsstand sind die Bürger z. B. über die Medien umfangreich zu informieren.

23. Die Revision der Cannabisprohibition

JiL 28 NEU 8

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die schleswig-holsteinischen Abgeordneten des Bundestages werden aufgefordert, die Prohibition von Cannabis abzuschaffen und eine Liberalisierung hinsichtlich der Pflanze Cannabis sativa zu unterstützen.

24. Fahrscheinloser öffentlicher Personennahverkehr

JiL 28/34 NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, die Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV im Tarifgebiet Schleswig-Holstein und in angrenzenden Tarifgebieten zu prüfen.

25. Finanzielle Mittel für den Kampf gegen Extremismus

JiL 28/24 NEU

Die Landesregierung wird aufgefordert, die finanziellen Mittel für Demokratieförderung sowie die Präventivarbeit gegen politische und religiöse Radikalität jeglicher Art zu erhöhen.

26. Die Maut auf deutschen Straßen verhindern

JiL 28/31

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, die Mautpläne des Bundesverkehrsministeriums zu kritisieren und stattdessen folgenden Gegenvorschlag zu unterbreiten: Anstelle einer neuen Abgabe soll die Mineralölsteuer sowie die LKW-Maut in größerem Rahmen als bisher zweckgebunden für den Straßenbau und -erhalt ausgegeben werden.

27. Einführung einer Finanztransaktionssteuer

JiL 28 NEU 9

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, zusammen mit dem europäischen Parlament die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu prüfen. Dabei wäre es zu begrüßen, möglichst früh eine Zusammenarbeit mit den amerikanischen/asiatischen Regierungen etc. anzustreben, um auf eine weltweite Finanztransaktionssteuer hinzuwirken.

28. Flächendeckender Einsatz von Gigalinern im Straßenverkehr

JiL 28/30 NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung sollen eine Initiative im Bundesrat starten zur langfristigen Förderung des Gigaliners mit einer Gesamtlast von 50 Tonnen für jeden Gigaliner. Des Weiteren soll ein ökologisches Modell mit Schienen- und Wasserwegen gefördert werden.

Arbeitskreis 4 „Ehrenamt, Soziales, Gesundheit“

29. Einführung der sog. Widerspruchslösung für Organspende

JiL 28/45 NEU NEU

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, der Schleswig-Holsteinische Landtag werden aufgefordert, das Transplantationsgesetz dahingehend zu ändern, dass am 18. Geburtstag eine Entscheidung zur Organspendebereitschaft herbeigeführt werden muss. Ab dann gilt die Widerspruchslösung. Vor dem 18. Geburtstag bleibt die Entscheidung zur Organspende freiwillig. Ohne eigene Entscheidung haben die Erziehungsberechtigten zu entscheiden.

30. Blutspendeverbot für homosexuelle Männer aufheben

JiL 28/44 NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, das Transfusionsgesetz dahingehend zu verändern, dass die direkte Frage nach der sexuellen Ausrichtung und dem sexuellen Verhalten der Spender verboten wird.

31. Gerechter Nebenverdienst auch für Kinder von ALG II-Empfänger/innen

JiL 28/40 NEU NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Kinder und junge Menschen im Alter von 14 bis 27 von ALG II-Empfänger/innen einen Freibetrag von 450 € pro Monat verdienen dürfen, solange sie in einer schulischen Ausbildung sind. Befinden sich die Jugendlichen in einer betrieblichen Ausbildung, so dürfen sie fortan ihr gesamtes Einkommen anrechnungsfrei behalten. Gleiches gilt für Jugendliche, die ein FSJ und ein FÖJ oder den Bundesfreiwilligendienst absolvieren.

32. Für aktive Sterbehilfe

JiL 28/46 NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich im Land und im Bund für die Legalisierung von aktiver Sterbehilfe einzusetzen. Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, einen Missbrauch zu verhindern.

33. Teilnahmepflicht für Migranten 1. Generation an einem Deutschkurs

JiL 28/43 NEU NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich für eine Teilnahmepflicht an einem kostenlosen Deutschkurs für Migranten 1. Generation in der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen, den diese nach einem zuvor durchgeführten Test in einer ihren Deutschkenntnissen entsprechenden Leistungsstufe besuchen müssen.

34. Mehr Mitarbeiter für die Bearbeitung von Asylanträgen JiL 28/42 NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Dauer und Wartezeit für die Bearbeitung von Asylanträgen zu verkürzen.

35. Rundfunkbeitrag für Freiwilligendienste JiL 28/38 NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, Freiwilligendienstleistenden und Vollzeitstudenten den Rundfunkbeitrag zu erlassen.

36. Abschaffung der Massentierhaltung JiL 28/47 NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird dazu aufgefordert, die Qualen der Massentierhaltung zu verhindern und die Massentierhaltung selbst auf lange Sicht abzuschaffen.

37. Internationale Abschaffung der Kinderarbeit JiL 28/41 NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird dazu aufgefordert, global und umfassend über Kinderarbeit nach UN-Definition zu informieren und Kinderarbeit zu unterbinden. Dazu soll ein Label für kinderarbeitsfreie Produkte gehören.

38. Die DDR war ein Unrechtsstaat JiL 28/49 NEU

„Jugend im Landtag“ schließt sich dem Beschluss der Fraktionen des Landtages unter dem Titel „25 Jahre friedliche Revolution“ (Drucksache 18/2416 neu) an.

39. Verlängerung der Landesverordnung über die Freistellung für ehrenamtliche Mitarbeit in der Jugendarbeit (Freistellungsverordnung – FreiStVO) JiL 28/37 NEU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, dass die aktuelle Landesverordnung über die Freistellung für ehrenamtliche Mitarbeit in der Jugendarbeit (FreiStVO) über den 28.01.2015 hinaus verlängert wird.

Hinweis: Die Anlage zu dem Umdruck steht im Internet nicht mehr zur Verfügung. Die digitale Fassung des Umdrucks wurde im März 2018 geändert. Eine Einsichtnahme ist gegebenenfalls möglich. Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an den Informations- und Dokumentationsdienst (luD.info@landtag.ltsh.de)